



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

N° 65

2024

STATISTISCHE ANALYSEN



Analyse der regionalen
strukturellen Chancen
und Herausforderungen

Rheinland-Pfalz – ein Land mit regionaler Vielfalt	5
Räumliche und zeitliche Abgrenzung der Untersuchung	6
Themenbereiche und spezifische Handlungsfelder	7
Demografie	7
Infrastruktur	8
Ökonomie	9
Soziales	10
Methodik der Untersuchung	11
Untersuchungsschritte	11
Güte und Ergebnisse der Hauptkomponentenanalyse	12
Abgrenzung der Fördergebiete	17
Räumliche Verteilung der Fördergebiete	18
Verteilung der strukturellen Chancen und Herausforderungen der Fördergebiete auf die vier Themenbereiche	18
Demografische Lage und Entwicklung in den Fördergebieten	20
Wirtschaftliche Lage und Entwicklung in den Fördergebieten	21
Beschäftigungslage und Entwicklung in den Fördergebieten	22
Arbeitsmarktlage und Entwicklung in den Fördergebieten	23
Soziale Lage und Entwicklung in den Fördergebieten	23
Infrastruktur und Daseinsvorsorge in den Fördergebieten	25
 Tabellen- und Kartenverzeichnis	
T1 Indikatoren der Faktorenanalyse	13
T2 Strukturindex und themenspezifische Subindizes nach Verwaltungseinheiten	27
K1 Fördergebiete	19

Rheinland-Pfalz – ein Land mit regionaler Vielfalt

Rheinland-Pfalz ist ein Land mit regionaler Vielfalt. Auf der Verbandsgemeindeebene besteht es aus 129 Verbandsgemeinden, 29 verbandsfreien Gemeinden und zwölf kreisfreien Städten, also insgesamt 170 Verwaltungseinheiten, die sich auf ländliche Gebiete und suburbane Räume verteilen bzw. zum Teil Großstädte sind. Nahezu jede Region ist mit unterschiedlichen strukturellen Chancen und Herausforderungen konfrontiert, die Einfluss auf die Lebensbedingungen und Lebenschancen der Menschen vor Ort, auf das Wirtschaften der dort ansässigen Unternehmen oder auf den Gestaltungsspielraum und auf die Gestaltungserfordernisse seitens der (kommunal-)politischen Akteurinnen und Akteure haben.

Beispielsweise sorgt der demografische Wandel in einigen Regionen bereits heute dafür, dass sie demografisch altern und schrumpfen. Dementsprechend bedeutsam ist es, in diesen Gebieten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der infrastrukturellen Daseinsvorsorge – vor allem im Bereich des Gesundheits- und des Pflegewesens – zu ergreifen. Demgegenüber haben andere Regionen in Rheinland-Pfalz eine vergleichsweise junge Bevölkerung und gewinnen – meist durch Wanderungsüberschüsse – kontinuierlich Einwohnerinnen und Einwohner hinzu. Oftmals bestehen die Herausforderungen in diesen Regionen weniger in der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung als vielmehr in der hinreichenden Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten und von bedarfsgerechtem Wohnraum.

Auch die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist regional heterogen. Das Land hat sowohl industrielle Zentren als auch Standorte, die stärker vom Dienstleistungssektor geprägt sind. Neben Regionen mit überwiegend mittleren und größeren Unternehmen gibt es Gebiete, in denen Klein- und Kleinstunternehmen dominieren. Es gibt Regionen in denen Unternehmen teils mehr Fachkräfte und teils mehr Akademikerinnen und Akademiker beschäftigen oder auf den regionalen Arbeitsmärkten nachfragen. Dementspre-

chend variieren auch die ökonomischen Chancen und Herausforderungen zum Teil stark – je nachdem, welche konkreten Standortbedingungen bzw. welche Wirtschafts- und Arbeitsmarktbedingungen vorherrschen.

Gleiches lässt sich auch für weitere zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens feststellen: So ist die soziale Lage der rheinland-pfälzischen Bevölkerung regional – etwa hinsichtlich der Bildungs- und Einkommensniveaus – teils heterogen, womit auch unterschiedliche Wohlstands- bzw. Armutslagen einhergehen. Neben infrastrukturellen Unterschieden im Bereich Verkehr und Mobilität gibt es beispielsweise auch regionale Unterschiede im Versorgungsgrad mit digitaler Infrastruktur oder hinsichtlich der kulturellen (Freizeit-)Angebote.

Die Gesamtheit der strukturellen Rahmenbedingungen in den Regionen eröffnen Menschen, Unternehmen und Verwaltungen teils günstige, teils weniger günstige Voraussetzungen für ihr Handeln und sorgen insgesamt dafür, dass die Lebensverhältnisse vor Ort variieren. Diese Unterschiede in den regionalen Lebensverhältnissen sind so lange unbedenklich, solange sie als „gleichwertig“ angesehen werden können. Denn die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eine zentrale Aufgabe von Bund und Ländern.

Die Landesregierung beabsichtigt, Regionen mit größeren strukturellen Herausforderungen mit dem Förderprogramm „Regional – Zukunft – Nachhaltig“ finanziell zu unterstützen. Deshalb hat sie das Statistische Landesamt beauftragt, die strukturellen Gegebenheiten in den Verwaltungseinheiten auf der Verbandsgemeindeebene in Rheinland-Pfalz zu untersuchen. Auf der Basis dieser Untersuchung können die Verwaltungseinheiten nach dem Ausmaß der strukturellen Chancen und Herausforderungen in eine Rangordnung gebracht und so die Verwaltungseinheiten mit Förderbedarf von der Landesregierung bestimmt werden.

Räumliche und zeitliche Abgrenzung der Untersuchung

Um festzustellen, welche Rahmenbedingungen die regionalen Lebensverhältnisse sowie die Handlungschancen und -erfordernisse der Menschen, Unternehmen und Verwaltungen vor Ort prägen, sind zunächst eine Reihe von Festlegungen zu treffen. Die Festlegungen wurden in Abstimmung mit der Landesregierung vorgenommen und beziehen sich unter anderem auf die räumliche, die zeitliche und die sachliche Ebene der Untersuchung.

In räumlicher Hinsicht bieten sich verschiedene Analyseebenen an. So setzt der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung beispielsweise auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte an.¹ Andere Förderprogramme wie zum Beispiel die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) nehmen Arbeitsmarktregionen in den Blick (das sind Zusammenfassungen von Landkreisen und kreisfreien Städten).² Nach Empfehlung des Statistischen Landesamtes und Vorgabe der Landesregierung sollten die statistischen Auswertungen und Analysen für das Programm „Regional – Zukunft – Nachhaltig“ auf der Verbandsgemeindeebene erfolgen.

Die Verbandsgemeindeebene bietet unter anderem den Vorteil, dass die Abgrenzung auf tiefer regionaler Ebene vorgenommen wird und damit sehr nah an der Situation der Menschen, Unternehmen und Verwaltungen vor Ort ist. Dadurch lassen sich zudem strukturelle Chancen und Herausforderungen in den Regionen zielgenauer identifizieren und konkrete Fördermaßnahmen ableiten. Ein Nachteil

besteht allerdings darin, dass auf dieser tiefen regionalen Ebene nicht alle relevanten Kennzahlen zur Erfassung der strukturellen Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen. Teilweise sind der Datenschutz oder die statistische Geheimhaltung zu beachten, teilweise stehen einer Auswertung inhaltliche oder methodische Aspekte entgegen. Dies führt im Einzelfall dazu, dass zur Erfassung von relevanten Strukturmerkmalen auf Ersatzindikatoren zurückgegriffen werden muss, die mit dem Merkmal nur in einem mittelbaren Zusammenhang stehen.³

In zeitlicher Hinsicht erfordert die Untersuchung der strukturellen Gegebenheiten in den Verwaltungseinheiten einen längeren Zeithorizont. Ansonsten könnten zum Beispiel kurzfristige oder lediglich temporär auftretende Effekte dazu führen, dass die Aussagekraft eines Indikators eingeschränkt ist. In der Regel wird daher für jedes in die Analyse einbezogene Merkmal der Durchschnitt, das heißt das arithmetische Mittel, aus den Werten für die letzten fünf Berichtsjahre gebildet. Ausnahmen ergeben sich unter anderem durch die Periodizität der Erhebung einer Statistik oder die kurzfristige Verfügbarkeit der Daten. Je nach Aufbereitungsstand und Verfügbarkeit einzelner Statistiken umfasst der Kernuntersuchungszeitraum somit die Jahre 2018 bis 2023. Damit ist auch sichergestellt, dass Sondereffekte, etwa die Coronapandemie und ihre Folgen, die Auswertungen nicht substanziell verzerren. Gleiches gilt etwa für die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

1 Vgl. Maretzke, S./Ragnitz, J./Untiedt, G.: Betrachtung und Analyse von Regionalindikatoren zur Vorbereitung des GRW-Fördergebietes ab 2021 (Raumbeobachtung). Endbericht zum 29. Oktober 2018 – Korrigierte Fassung (April 2019). https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/betrachtung-und-analyse-von-regionalindikatoren.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [abgerufen am 28. Oktober 2024].

2 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Hrsg.): Gleichwertigkeitsbericht 2024. Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/gleichwertigkeitsbericht-der-bundesregierung-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=78 [abgerufen am 28. Oktober 2024].

3 Technisch gesprochen muss zur Operationalisierung der interessierenden theoretischen Konstrukte in diesen Fällen auf Proxyvariablen zurückgegriffen werden, die z. B. auf einer höheren Aggregatebene eine hinreichend hohe statistische Korrelation mit den eigentlichen Zielindikatoren aufweisen.

Themenbereiche und spezifische Handlungsfelder

In sachlicher Hinsicht muss im Vorfeld der Analyse festgelegt werden, welche strukturellen Gegebenheiten in den Verwaltungseinheiten untersucht werden sollen. Konkret ist zu bestimmen, welche strukturellen Eigenschaften der Regionen die Lebensverhältnisse sowie die Handlungschancen und -erfordernisse der Menschen, Unternehmen und Verwaltungen vor Ort prägen.

In Abstimmung mit der Landesregierung wurden die Themenbereiche

- Demografie,
- Infrastruktur,
- Ökonomie
- und Soziales

in die Analyse einbezogen. Für jeden Themenbereich wurden spezifische Handlungsfelder festgelegt, mit denen strukturelle Chancen oder Herausforderungen in den Verwaltungseinheiten verbunden sein können.

Demografie

Im Themenbereich Demografie zählen zu den spezifischen Handlungsfeldern

- die Altersstruktur,
- die Geburtenentwicklung,
- das Wanderungsverhalten
- sowie die zukünftige Bevölkerungsentwicklung.

Mit Blick auf die demografische Alterung ist in den letzten Jahren vor allem die Altersstruktur der Bevölkerung für viele Regionen zu einer strukturellen Herausforderung geworden. Die Alterung wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen. Schon seit einigen Jahren scheiden Babyboomer-Jahrgänge aus dem Erwerbsleben aus und gehen in den Ruhestand. Nicht in allen Regionen kann dieser Verlust an Arbeitskräften gleichermaßen gut durch nachrückende

Altersjahrgänge oder durch Zuwanderung ausgeglichen werden. Dies belastet sowohl die regionalen Arbeitsmärkte als auch die wirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus ergeben sich in einer alternden Gesellschaft Herausforderungen, etwa im Bereich der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. So müssen Regionen, in denen viele Seniorinnen und Senioren leben, mehr Versorgungsleistungen im medizinischen und im Pflegebereich erbringen als Regionen mit einem geringeren Anteil älterer Bürgerinnen und Bürger.

Die Geburtenentwicklung steht mit der Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in enger Verbindung. Je niedriger die Geburtenrate in einer Region ist, desto stärker werden perspektivisch die strukturellen Herausforderungen der demografischen Alterung. Zu beachten ist allerdings, dass auch mit einer hohen Geburtenrate kurz- und mittelfristig Herausforderungen in den Verwaltungseinheiten verbunden sind. Dies betrifft beispielsweise die Bereitstellung von Kinderbetreuungs- und Lehrangeboten. Langfristig wirkt sich eine hohe Geburtenrate jedoch positiv in einer Region aus.

Auch aus Wanderungsgewinnen erwachsen für die meisten Regionen in der Regel eher strukturelle Chancen. Dies gilt insbesondere, wenn gut ausgebildete und hoch qualifizierte Menschen zuwandern und dadurch der zunehmende Fachkräftemangel abgemildert werden kann. Die Zuwanderung kann darüber hinaus zu einer höheren regionalen Kaufkraft führen, und sie erhöht nicht zuletzt die regionale Vielfalt. Umgekehrt laufen Regionen, die durch kontinuierliche Abwanderung geprägt sind, Gefahr, als Lebens- und Wirtschaftsstandort an Attraktivität zu verlieren. Langfristig können Wanderungsverluste zu einem Bevölkerungsrückgang führen – insbesondere dann, wenn sie mit einem Geburtendefizit einhergehen. Dies kann zu einer sich selbst verstärkenden demografischen Schrumpfung in den Regionen führen.

Da sich die demografischen Verhaltensmuster und die Altersstruktur in der Regel nur langsam verändern, können sie gut in die Zukunft fortgeschrieben werden. So lassen sich mit Hilfe von Bevölkerungsvorausrechnungen zukünftige demografische Herausforderungen bereits heute gut abgeschätzen. Neben den gegenwärtigen strukturellen Herausforderungen sollen daher auch die bereits absehbaren zukünftigen demografischen Herausforderungen in den Regionen in die Untersuchung einbezogen werden. So können gegebenenfalls frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um zum Beispiel die künftigen Herausforderungen einer schrumpfenden Zahl an Erwerbspersonen, einer steigenden Zahl an Pflegebedürftigen oder einer schrumpfenden Gesamtbevölkerung zu begegnen.

Infrastruktur

Für den Themenbereich Infrastruktur wurden die Felder

- Verkehr und Mobilität,
- digitale Infrastruktur,
- medizinische und Gesundheitsversorgung,
- Grund- und Daseinsvorsorge
- sowie Wohnraumversorgung

als strukturell prägend und handlungsrelevant identifiziert.

Gut ausgebaute Verkehrswege sind vor allem in ländlichen Regionen erforderlich, um den Mobilitätsanforderungen der Menschen und der Unternehmen gerecht zu werden. Dies gilt gerade für ein Land mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Menschen, die zwischen ihrem Wohnort und ihrem Arbeitsort zum Teil lange Strecken zurücklegen. Die Verkehrsinfrastruktur ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger Standortfaktor. Darüber hinaus zeichnet sich eine gute und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur auch durch ein gutes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr aus, nicht zuletzt, um für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, dass das Konzept der zentralen Orte im Land funktioniert.

Trotz des zunehmenden Ausbaus der digitalen Infrastruktur verläuft die digitale Entwicklung im Landes regional weiterhin heterogen. Vor allem Regionen mit einer geringen Breitbandverfügbarkeit dürften für Unternehmen, die auf digitalen Austausch und digitale Kommunikation angewiesen sind, als Wirtschaftsstandort unattraktiv sein. Gleiches gilt im privaten Bereich, nachdem schnelles Internet für viele Menschen ein wichtiges Merkmal für eine hohe Lebensqualität ist. Der Stand des Ausbaus der digitalen Infrastruktur zählt damit zu den wesentlichen strukturellen Chancen oder Herausforderungen in den Regionen von Rheinland-Pfalz.

Bereits im Themenbereich Demografie wurde die zunehmende demografische Alterung als wichtiges Handlungsfeld identifiziert und in diesem Zusammenhang auf die steigenden Belastungen des Gesundheits- und des Pflegewesens hingewiesen. Deshalb hat der Erhalt und der Ausbau der regionalen Infrastruktur im medizinischen und Gesundheitsbereich eine große Bedeutung. Regional zeigen sich die strukturellen Herausforderungen etwa in der Schließung von Krankenhäusern, einem zunehmenden Mangel an Ärztinnen und Ärzten, der Aufgabe von Apotheken oder einer geringen Versorgung mit Pflegeplätzen.

Über den medizinischen und Gesundheitsbereich hinaus müssen Regionen als strukturell schwach angesehen werden, wenn weitere Aspekte der Grundversorgung und der Daseinsvorsorge nicht oder nur in geringem Maße ausgeprägt sind. Das heißt, wenn Menschen vor Ort nicht oder nur in geringem Maße mit Dienstleistungen oder Gütern des täglichen Bedarfs versorgt werden können, stehen die Regionen vor strukturellen Herausforderungen. In der Praxis zeigt sich dies beispielsweise in einer zu geringen Zahl an Lebensmittelgeschäften, an Bank- und Postfilialen oder auch an zu geringen Angeboten in der Kinderbetreuung in der näheren Umgebung.

Schließlich ist im Bereich Infrastruktur die hinreichende Versorgung mit Wohnraum als strukturelles Handlungsfeld zu berücksichtigen. Denn für die meisten Menschen stellt die eigene Wohnung den

zentralen Lebensmittelpunkt dar. Sie ist nicht nur ein Ort des Rückzugs und der Erholung, bietet Schutz und die Möglichkeit der individuellen Entfaltung, sondern ist für den Einzelnen wie auch für Haushalte und Familien ein Refugium größtmöglicher Privatheit. Je geringer die Versorgung mit Wohnraum in einer Region ist, desto größer sind dementsprechend auch ihre strukturellen Herausforderungen. Dies gilt auch, wenn zwar eine hinreichende Zahl von Wohnungen verfügbar ist, das Wohnungsangebot aber an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht, zum Beispiel hinsichtlich der Größe, der Lage oder der (laufenden) Kosten der Wohnung.

Ökonomie

Wie schon in den ersten beiden Themenbereichen werden auch im ökonomischen Bereich spezifische Handlungsfelder in der Untersuchung berücksichtigt, die auf strukturelle Chancen oder Herausforderungen in den rheinland-pfälzischen Verwaltungseinheiten hindeuten. Dazu gehören im Einzelnen die Aspekte

- Wertschöpfung und Produktivität,
- Innovationspotential und Unternehmensdemografie,
- Kaufkraft,
- verfügbares und nachwachsendes Humankapital
- und Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist ein zentrales Merkmal der gesamtwirtschaftlichen Lage einer Region. Je höher die Wirtschaftskraft ist, desto höher sind einerseits die Steuereinnahmen der Kommunen und desto höher ist andererseits das regionale Angebot an Waren und Dienstleistungen, das Einwohnerinnen und Einwohner konsumieren können. In der Regel ist mit einer höheren Wirtschaftsleistung auch eine höhere Zahl an Arbeitsplätzen verbunden. Die Wirtschaftskraft einer Gebietseinheit wird üblicherweise durch das Bruttoinlandsprodukt gemessen. Auf tiefer regionaler Ebene ist die Berechnung jedoch nicht möglich, sodass auf Ersatzindikatoren zurückgegriffen werden muss, die

mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Verbindung stehen. Dies kann zum Beispiel der Umsatz oder die Beschäftigung sein.

Strukturelle Chancen oder Herausforderungen können in ökonomischer Hinsicht darüber hinaus durch ein günstiges bzw. ungünstiges Umfeld für Innovationen entstehen. Innovationen bieten nicht nur die Chance auf Unternehmensgewinne, sondern können auch zur Ansiedlung neuer Betriebe führen und hochqualifizierte Beschäftigte anziehen. Umgekehrt kann ein geringes Innovationspotential die Adaptation an neue ökonomische Entwicklungen verringern und mittel- bis langfristig Arbeitsplätze gefährden. Dies führt nicht selten zu negativen Auswirkungen auf das Gründungsgeschehen.

Aus einer günstigen gesamtwirtschaftlichen Lage und Entwicklung resultiert in der Regel auch eine höhere Kaufkraft der Bevölkerung. Je mehr Einkommen den Einwohnerinnen und Einwohnern für den Konsum zur Verfügung steht, desto stärker ist in den Regionen wiederum die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen und desto attraktiver erscheinen sie für die Neuansiedlung von Betrieben bzw. Unternehmen. Auch daraus können je nach regionaler Ausgestaltung günstige Effekte für die Steuereinnahmen der Kommunen resultieren. Strukturell stärkere Regionen zeichnen sich demzufolge in der Regel durch eine hohe Kaufkraft aus.

Nicht erst der zunehmende Arbeits- und Fachkräftemangel macht deutlich, wie wichtig das Humankapital für Unternehmen ist. Je größer das Reservoir an gut ausgebildeten und hochqualifizierten Arbeitskräften in der Region ist, umso eher können personelle Engpässe abgewendet werden und desto höher ist in den Betrieben die Arbeitsproduktivität. Strukturelle Chancen und Herausforderungen ergeben sich in diesem Zusammenhang oftmals nicht nur auf Basis des gegenwärtig verfügbaren, sondern auch hinsichtlich des nachwachsenden Humankapitals. Können beispielsweise Ausbildungsplätze in Unternehmen nicht besetzt werden, ergeben sich für viele Betriebe mittel- bis langfristig Nachwuchs- und Wiederbesetzungsprobleme.

Ob eine Region eher vor strukturellen Chancen oder vor Herausforderungen steht, spiegelt sich darüber hinaus meist in der jeweiligen Arbeitsmarktlage wider. Dies gilt nicht nur für die Perspektive der Unternehmen, die ihren Bedarf an Arbeitskräften mit ausreichendem Humankapitel decken müssen. Auch aus Sicht der Beschäftigten ergeben sich in strukturell stärkeren Regionen bessere Berufs-, Einkommens- und Lebenschancen. Einen Hinweis auf die Situation in den Verwaltungseinheiten geben vor diesem Hintergrund Kennzahlen etwa zur Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials, zur Unterbeschäftigung, zur (Langzeit-)Arbeitslosigkeit oder zur Qualität der Beschäftigungsverhältnisse.

Soziales

Der Themenbereich Soziales ist mit den übrigen Themenbereichen teils eng verbunden. Mit Blick auf die spezifischen Handlungsfelder, die eine Einordnung der strukturellen Rahmenbedingungen in den rheinland-pfälzischen Regionen ermöglichen sollen, werden die Aspekte

- Bildungsniveau,
- Erwerbsbeteiligung,
- materieller Wohlstand und Armut,
- soziale Ungleichheit und
- gesundheitliche Lage

in die Analyse einbezogen.

Eine gute (Aus-)Bildung ist heute der wichtigste Schlüssel für gute Berufs-, Erwerbs-, Einkommens-, und Lebenschancen. Menschen mit hoher (beruflicher) Qualifikation sind zudem oftmals gesünder und beteiligen sich häufiger am öffentlichen Leben. Dadurch wird zum einen das regionale Gesundheitswesen entlastet und zum anderen ein Mehrwert für das Gemeinwesen geschaffen, etwa, wenn sich öffentliche Partizipation in konkretes gesellschaftliches Engagement übersetzt. Durch die Sicherstellung eines hohen Bildungsniveaus in der Bevölkerung ergeben sich für Regionen somit oft strukturelle Vorteile, die zugleich ein Zeichen hoher Lebensqualität sind.

Gleiches gilt für eine hohe Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung. Die eigene Erwerbsarbeit ist für die meisten Menschen nicht nur die wichtigste Quelle zur Sicherung des Lebensunterhalts. Sie gibt zudem dem Alltag Struktur, sorgt für soziale Kontakte und bietet die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung. Umgekehrt können Arbeitslosigkeit, aber auch eine dauerhafte prekäre Beschäftigung, zu Armut, sozialer Isolation und gesundheitlichen Problemen führen. Je mehr Menschen sich daher in einer Region am Erwerbsleben beteiligen und je weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind, desto größer sind die strukturellen Chancen.

Der sozioökonomische Status wird zumeist nicht nur anhand des Bildungsniveaus und der beruflichen Stellung festgemacht, sondern auch an der jeweiligen Einkommens- und Vermögenssituation. Zweifellos eröffnet materieller Wohlstand mehr Lebens- und Handlungschancen als ein Fristen in Armut. Besonders, wenn sich Armutslagen verfestigen, können sie zu gesundheitlichen Risiken, sozialer Desintegration sowie der Zunahme von Apathie, Aggressivität und kriminellen Verhalten führen. Die Lebensverhältnisse – mithin die strukturellen Rahmenbedingungen – einer Region werden somit auch von den verschiedenen materiellen Wohlstands- und Armutslagen der Bevölkerung geprägt.

Ein weiterer Faktor, der die strukturellen Rahmenbedingungen und die Lebensverhältnisse in den Regionen prägt, ist das Ausmaß sozialer Ungleichheit. Damit ist die Verteilung von als wertvoll geltenden Gütern, die ein besseres oder ein weniger gutes Leben ermöglichen, gemeint. Zu den wertvollen Gütern zählen neben Bildung, beruflichem Prestige und materiellen Wohlstand heute beispielsweise auch die Menge und die Qualität an verfügbarer Freizeit und sozialen Beziehungen. Insbesondere mit Blick auf die Güter, die den sozioökonomischen Status eines Menschen bestimmen, kann die ungleiche Verteilung in einer Bevölkerung als sozial ungerecht empfunden werden, wenn die Verteilungsmechanismen nicht allgemein akzeptiert sind. Dies kann sich wiederum in vielfältige strukturelle Herausforderungen übersetzen.

Das letzte strukturelle Handlungsfeld bezieht sich auf die gesundheitliche Lage der Bevölkerung. Ein langes und gesundes Leben ist ein wesentliches Merkmal hoher Lebensqualität. Hohe Morbiditäts- und Mortalitätsraten belasten nicht nur das Gesundheitssystem, sondern können sich auch negativ auf die Arbeitswelt und den Wohlstand einer Region

auswirken. Oft steht gesundheitliche Ungleichheit zudem mit anderen sozialen Ungleichheiten in einer Wechselwirkung, sodass die gesundheitliche Lage der Bevölkerung zu den wesentlichen strukturellen Rahmenbedingungen in einer Region gerechnet werden kann, die über die Lebensverhältnisse und -chancen dort Auskunft gibt.

Methodik der Untersuchung

Untersuchungsschritte

Um die strukturellen Rahmenbedingungen in den rheinland-pfälzischen Regionen abbilden zu können, müssen geeignete Indikatoren herangezogen werden. Zu diesem Zweck wurden in einem ersten Schritt insgesamt 80 Einzelindikatoren identifiziert, die grundsätzlich für alle 170 Verwaltungseinheiten auf der Verbandsgemeindeebene verfügbar sind und keine oder nur geringe Nutzungseinschränkungen durch Datenschutz- oder Geheimhaltungsaspekte aufweisen. Die Daten liegen für mehrere Berichtszeitpunkte vor, sodass ein längerer – weitgehend einheitlicher – Beobachtungszeitraum für die einzelnen Indikatoren abgedeckt ist. Dies ermöglicht die Bildung von Mittel- und Durchschnittswerten über die Zeit sowie die Kontrolle von Sondereffekten zu einzelnen Berichtszeitpunkten. Es wurde ferner sichergestellt, dass die Daten auch künftig in regelmäßigen Abständen erhoben werden, sodass gegebenenfalls eine Fortschreibung der Ergebnisse möglich ist. Eine weitere Anforderung an die Indikatoren bestand darin, dass sie ein metrisches Skalenniveau aufweisen. Dies ermöglicht es zum einen, die Daten, die in ganz unterschiedlichen Einheiten gemessen werden (zum Beispiel Personen, Euro, Prozent), zu standardisieren, das heißt durch mathematische Transformationen miteinander vergleichbar zu machen. Zum anderen lässt sich nur so ein quantitativer (Gesamt-)Index berechnen, der eine globale Auskunft über die strukturellen Chancen und

Herausforderungen in den jeweiligen Regionen gibt. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die einzelnen Indikatoren nicht zu stark miteinander korrelieren, das heißt zueinander in einem starken statistischen Zusammenhang stehen. Dadurch wird unter anderem eine implizite Gewichtung im Zuge der Berechnungen vermieden. Schließlich sollten die ausgewählten Indikatoren mit Blick auf die strukturellen Chancen und Herausforderungen der Verwaltungseinheiten eine (direkte) inhaltliche Interpretation erlauben.

In einem zweiten Schritt wurden aus den 80 Einzelindikatoren 25 ausgewählt, um sie in einem faktorenanalytischen statistischen Verfahren weiter zu verarbeiten. Der Reduzierung der Indikatorzahl gingen sowohl inhaltliche als auch statistisch-methodische Entscheidungen voraus. So wurde die Zahl der Indikatoren zum einen vor dem Hintergrund der sachlichen, räumlichen und zeitlichen Abgrenzungen in Abstimmung mit der Landesregierung reduziert. Zum anderen wurden die statistischen Zusammenhangsmuster der Ausgangsindikatoren mit Hilfe von Korrelationsmatrizen und weiterführenden statistischen Analyseverfahren überprüft. Dabei wurden insbesondere solche Indikatoren aus der Untersuchung ausgeschlossen, die mit anderen zwar in einem starken statistischen Zusammenhang standen, sich im direkten Vergleich hinsichtlich der Messung der strukturellen Chancen und Herausforderungen

der Verwaltungseinheiten jedoch als weniger aussagekräftig erwiesen, oder deren statistische Beziehungsmuster in der Gesamtbetrachtung dafür sprachen, sie aus der Analyse herauszunehmen.

Der dritte Untersuchungsschritt bestand schließlich in der Durchführung eines faktorenanalytischen statistischen Verfahrens, das der Informationsverdichtung und der Komplexitätsreduktion dient. Hierzu wurden die Ausgangsvariablen zunächst standardisiert, das heißt mathematisch so transformiert, dass sie alle in der gleichen Einheit gemessen und interpretiert werden können.⁴ Anschließend wurde für einzelne Variablen ein Vorzeichenwechsel vorgenommen und somit die Gegenzahlen gebildet. Dies geschah, damit positive Werte einer transformierten Variable günstige und negative Werte ungünstige strukturelle Rahmenbedingungen in den Verwaltungseinheiten widerspiegeln. Schließlich wurde eine Hauptkomponentenanalyse durchgeführt. Wesentliches Ziel dieses faktorenanalytischen statistischen Verfahrens ist es, die Beziehungsstruktur der Vielzahl der Ausgangsvariablen durch wenige sogenannte Hauptkomponenten zu reproduzieren. Dabei sollen die Hauptkomponenten, die identifiziert werden, einen möglichst großen Teil der Varianz der Ausgangsvariablen abbilden. Es handelt sich somit letztlich um ein strukturentdeckendes Verfahren, bei dem die Ausgangsvariablen aufgrund ihrer korrelativen Beziehungen zu wenigen voneinander unabhängigen Komponenten zusammengefasst werden. Eine Hauptkomponente, die auch als Faktor bezeichnet wird, repräsentiert dabei vor allem jene Ausgangsvariablen, die mit diesem Faktor hoch korreliert sind, das heißt, einen starken statistischen Zusammenhang zu dem Faktor aufweisen. Die extrahierten Faktoren sind voneinander unabhängig und spiegeln inhaltlich unterschiedliche strukturelle Themenbereiche bzw. Gruppen von spezifischen Handlungsfeldern wider. Sie können auch als verdichtete strukturelle Chancen und Herausforderungen in den Verwaltungsein-

4 Konkret wurde für jede Ausgangsvariable eine sogenannte z-Transformation durchgeführt. Dadurch erhält jede Variable einen Mittelwert von Null und eine Standardabweichung von Eins. Die Einheit, in der die Variablen gemessen werden, ist somit die jeweilige Standardabweichung.

heiten interpretiert werden.⁵ Für jede Verwaltungseinheit ergibt sich für jeden extrahierten Faktor ein individueller Wert, der auf Basis der sogenannten Faktorladungen⁶ bestimmt wird. Auf Basis der Faktorwerte können zum einen thematische Subindizes für alle 170 Verwaltungseinheiten gebildet werden, die inhaltlich interpretiert werden können und spezifische strukturelle Chancen und Herausforderungen in den rheinland-pfälzischen Regionen abbilden. Zum anderen lässt sich auf Grundlage der extrahierten Faktoren (bzw. der thematischen Subindizes) ein – bei Bedarf gewichteter – Gesamtindex berechnen, der Aussagen zur Gesamtheit der strukturellen Rahmenbedingungen auf der Verbandsgemeindeebene ermöglicht. Die 170 Verwaltungseinheiten können so hinsichtlich ihrer jeweiligen strukturellen Chancen und Herausforderungen direkt miteinander verglichen und in eine Rangfolge gebracht werden.

Güte und Ergebnisse der Hauptkomponentenanalyse

Um zu beurteilen, wie gut die Ausgangsvariablen für den Einsatz der Hauptkomponentenanalyse geeignet sind, kann auf verschiedene statistische Verfahren und Gütekriterien zurückgegriffen werden. Sofern sich dies nicht schon direkt aus den bivariaten Korrelationsanalysen und den Korrelationsmatrizen ablesen lässt, bietet sich unter anderem das sogenannte Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium (KMO-Kriterium) an.⁷ Es beurteilt letztlich die Stärke der statistischen Zusammenhangsmuster der Ausgangsvariablen anhand einer einzigen Kennzahl und kann Werte zwischen Null und Eins annehmen. Je höher der KMO-Wert ist, desto besser eignen sich die Daten für die Durchführung des faktorenanalytischen Verfahrens. Im konkreten Fall ergibt sich für die 25 ausgewählten Indikatoren ein KMO-Wert von 0,69. Das Korrelati-

5 Im Unterschied zu anderen faktorenanalytischen Verfahren liegt zwischen den extrahierten Faktoren und den Ausgangsvariablen bei der Hauptkomponentenanalyse keine kausale Beziehung im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs vor.

6 Die Faktorladungen spiegeln die Stärke und die Richtung der korrelativen Beziehungsmuster zwischen den Ausgangsvariablen und den extrahierten Faktoren wider.

7 Im englischen Sprachraum wird es zumeist als „measure of sampling adequacy“ (MSA) bezeichnet.

T1 Indikatoren der Faktorenanalyse

Indikator	Kurzbeschreibung	Berichtszeitraum	Datenquelle (Statistik)
Apothekendichte	Apotheken und Krankenhausapotheken je 10 000 Einwohner/-innen	Durchschnitt 2019-2023	Unternehmensregister; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Arbeitslosenanteil	Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren	Durchschnitt 2019-2023	Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; Statistik der Arbeitslosen, Arbeitsuchenden und gemeldeten erwerbsfähigen Personen (Bundesagentur für Arbeit)
Ärztedichte	Freipraktizierende Ärztinnen und Ärzte je 1 000 Einwohner/-innen	Durchschnitt 2019-2023	Statistik der Berufe des Gesundheitswesens; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Ausbildungsquote	Auszubildende je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Durchschnitt 2020-2023	Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung (Bundesagentur für Arbeit)
Beschäftigungsniveau	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren	Durchschnitt 2019-2023	Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung (Bundesagentur für Arbeit)
Bevölkerung unter 18 Jahren	Anteil der Personen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung	Durchschnitt 2019-2023	Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Bevölkerung 65 Jahre und älter	Anteil der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren an der Gesamtbevölkerung	Durchschnitt 2019-2023	Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Bildungsniveau	Nach typischer Ausbildungsdauer gewichtetes Bildungsniveau (ISCED 2011) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je sozialversicherungspflichtig Beschäftigter/-m	Durchschnitt 2019-2023	Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung (Bundesagentur für Arbeit)
Breitbandversorgung	Anteil der Haushalte mit Breitbandverfügbarkeit von mindestens 100 Mbit/s	2022	Gigabit-Grundbuch des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und der Bundesnetzagentur
Einkommensniveau	Mittleres Bruttomonatsentgelt je sozialversicherungspflichtig Beschäftigter/-m in Vollzeit (Median) (am Wohnort)	Durchschnitt 2019-2023	Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung (Bundesagentur für Arbeit)
Erreichbarkeit Autobahnen	Durchschnittliche PKW-Fahrtzeit zur nächsten Bundesautobahnanschlussstelle	2021	Laufende Raumbesichtigung des BBSR
Erreichbarkeit Mittelzentren	Durchschnittlichen PKW-Fahrtzeit zum nächsten Mittelzentrum	2021	Laufende Raumbesichtigung des BBSR
Erreichbarkeit ÖPNV-Haltestellen	Bevölkerungsgewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Haltestelle des ÖPNV mit mindestens zwanzig Abfahrten pro Tag	2020	Laufende Raumbesichtigung des BBSR; Haltestellen des ÖV: hacon Ingenieurgesellschaft mbH; Wohnerraster 100 m: Gitter-HH-EW-Bund (Nexiga GmbH, infas360 GmbH)

noch T2: Indikatoren der Faktorenanalyse

Indikator	Kurzbeschreibung	Berichtszeitraum	Datenquelle (Statistik)
Geburtenrate	Gesamtfruchtbarkeitsziffer (15-44 Jahre)	Durchschnitt 2019-2023	Statistik der Geburten; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Innovationspotential	Index auf Basis der Indikatoren Beschäftigungsstand und -entwicklung in MINT-Berufen, im technologieintensiven Verarbeitenden Gewerbe, in der IKT-Branche und in den wissensintensiven Dienstleistungsbereichen	Durchschnitt 2020-2022	Unternehmensregister; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung (Bundesagentur für Arbeit)
Krankenhaus-verweildauerstage	Altersstandardisierte Verweildauerstage von Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern und Vorsorge- sowie Rehabilitationseinrichtungen	Durchschnitt 2019-2023	Diagnosestatistik; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Lebensmittel-einzelhändlerdichte	Niederlassungen im stationären Lebensmitteleinzelhandel je 10 000 Einwohner/-innen	Durchschnitt 2018-2022	Unternehmensregister; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Pflegeplatzdichte	Verfügbare Plätze in stationären Pflegeeinrichtungen je 100 Personen im Alter von 80 und mehr Jahren	Durchschnitt 2017-2021	Statistik über stationäre Pflegeeinrichtungen; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Soziale Mindestsicherungsquote	Anteil der Bezieherinnen und Bezieher sozialer Mindestsicherungsleistungen	Durchschnitt 2018-2022	Asylbewerberleistungsstatistik; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; Sozialhilfestatistik; Bundesagentur für Arbeit
Sterblichkeit	Altersstandardisierte Sterbefälle	Durchschnitt 2019-2023	Statistik der Sterbefälle; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Umsatzproduktivität	Umsatz je sozialversicherungspflichtig Beschäftigter/-m (am Arbeitsort)	Durchschnitt 2018-2022	Unternehmensregister
Wanderungen	Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner/-innen über die Grenzen der Verwaltungseinheiten	Durchschnitt 2019-2023	Wanderungsstatistik; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Wohnungsdichte	Wohnungen je 1 000 Einwohner/-innen	Durchschnitt 2019-2023	Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes; Laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Zukünftige Entwicklung erwerbsfähige Bevölkerung	Veränderung des Anteils der Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren von 2020 bis 2040	2020-2040	Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung
Zukünftige Entwicklung Gesamtbevölkerung	Prozentuale Veränderung der Bevölkerungszahl von 2020 bis 2040	2020-2040	Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung

onsmuster der 25 Ausgangsvariablen ist folglich für eine Hauptkomponentenanalyse gut geeignet.

Die Zahl der zu extrahierenden Faktoren wird in der Regel anhand der sogenannten Eigenwerte der Faktoren bestimmt. Die Eigenwerte entsprechen der Summe der quadrierten Faktorladungen eines Faktors über alle Ausgangsvariablen und können damit als Maßstab für die durch den jeweiligen Faktor erklärte Varianz aller Beobachtungswerte der Ausgangsvariablen angesehen werden. Dabei gilt, dass ein Faktor immer dann extrahiert werden sollte, wenn sein Eigenwert, das heißt sein Varianzerklärungsanteil über alle Ausgangsvariablen, größer als Eins ist. In dem Fall klärt der Faktor mehr Varianz auf als eine einzelne Ausgangsvariable.

Die Ergebnisse der Hauptkomponentenanalyse legen vor diesem Hintergrund die Extraktion von insgesamt sieben Faktoren nahe. Allerdings sprechen sowohl inhaltliche als auch methodische Gründe dafür, lediglich vier Faktoren zu extrahieren. Denn während die ersten vier Faktoren teils sehr hohe Eigenwerte aufweisen, liegen die nächsten drei Faktoren nur knapp über dem Schwellenwert von Eins. Sie leisten damit nur einen geringen Beitrag zur Varianzaufklärung. Insgesamt können mit den ersten vier Faktoren bereits 53 Prozent der Summe aller quadrierten Faktorladungen erklärt werden. Unter Einbeziehung der nächsten drei Faktoren würde sich der Erklärungsanteil auf 68 Prozent erhöhen. Da zwei wesentliche Ziele der Hauptkomponentenanalyse in der Informationsverdichtung und der Komplexitätsreduktion liegen, spricht in der Gesamtabwägung vieles für eine Vier-Faktoren-Lösung. Zudem würde die inhaltliche Interpretation der Faktormuster bei einer höheren Zahl extrahierter Faktoren deutlich komplexer.

Die vier statistisch voneinander unabhängigen Faktoren, die ermittelt wurden und einen wesentlichen Teil der strukturellen Chancen und Herausforderungen der 170 rheinland-pfälzischen Verwaltungseinheiten abbilden, lassen sich den sachlich vorab definierten Themenbereichen Demografie, Infrastruktur, Ökonomie und Soziales gut zuordnen:

- Der Faktor mit dem höchsten Eigenwert kann dem Themenbereich Infrastruktur zugeordnet werden. Rund 20 Prozent der quadrierten Faktorladungen aller Ausgangsvariablen werden durch ihn erklärt. Besonders hohe positive Faktorladungen ergeben sich für die Indikatoren, die mit den Handlungsfeldern Verkehr und Mobilität (Erreichbarkeit des nächsten Mittelzentrums, von Autobahnen und von ÖPNV-Haltestellen) sowie medizinische und Gesundheitsversorgung (Ärztinnen- und Ärzte-, Apotheken- sowie Pflegeplatzdichte) verknüpft sind. Auch die Indikatoren der Handlungsfelder digitale Infrastruktur, Grund- und Daseinsvorsorge sowie Wohnraumversorgung erreichen akzeptable bis gute positive Faktorladungen. Von den übrigen Ausgangsvariablen laden lediglich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort an der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung und der Index zur Messung des regionalen Innovationspotentials in nennenswertem Maße positiv auf den Faktor. Beide Merkmale gehören inhaltlich eher zu den ökonomischen Handlungsfeldern. Umgekehrt stehen der Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung und der Anteil der Menschen, die soziale Mindestsicherungsleistungen beziehen, in einer nennenswerten negativen Beziehung zum Infrastrukturfaktor. Beide Merkmale sind eher sozialen Handlungsfeldern zuzuordnen. Inhaltlich bedeutet dies, dass in infrastrukturell stärker aufgestellten Verwaltungseinheiten tendenziell mehr Menschen leben, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Die erhöhten Faktorladungen dieser Merkmale ändern jedoch nichts daran, dass der extrahierte Faktor überwiegend infrastrukturelle Aspekte abbildet.
- An zweiter Stelle folgt mit Blick auf die Höhe des Eigenwertes ein Faktor, der überwiegend mit sozialen Handlungsfeldern verknüpft ist. Rund 16 Prozent der quadrierten Faktorladungen aller Ausgangsvariablen können durch diesen Faktor erklärt werden. Vor allem die Indikatoren zum sozioökonomischen Status (Bildungsniveau und Bruttomonatsentgelt der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) und zum gesundheitli-

chen Status (Verweildauertage von Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern sowie Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen und altersstandardisierte Sterbefälle) laden auf ihn stark positiv. In etwas geringerem Ausmaß gilt dies auch für die beiden Indikatoren zur Abhängigkeit von öffentlichen Transferleistungen. Nicht direkt den sozialen Handlungsfeldern zugeordnet, aber dennoch mit einer erhöhten positiven Ladung auf diesen Faktor, sind die beiden Indikatoren des Handlungsfeldes Verkehr und Mobilität (Erreichbarkeit von Autobahnen und von ÖPNV-Haltestellen). Nennenswerte negative Faktorladungen gibt es für die Indikatoren Wanderungssaldo, Auszubildende je sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Pflegeplatzdichte. Auch hier zeichnen sich hinsichtlich der vorwiegend auf strukturelle Chancen und Herausforderungen im sozialen Bereich ausgerichteten Interpretation keine größeren Verzerrungen ab.

- Der dritte extrahierte Faktor weist im Vergleich zu den ersten beiden Faktoren bereits einen deutlich geringeren Eigenwert auf. Er erklärt aber immer noch rund zehn Prozent der quadrierten Faktorladungen aller Ausgangsvariablen. Am prägendsten sind für ihn Indikatoren und strukturelle Handlungsfelder zum Thema Demografie. Besonders die beiden Indikatoren zur Altersstruktur (Bevölkerungsanteil der unter 18-Jährigen sowie der 65-Jährigen und Älteren) und der Indikator zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung (Entwicklung der Gesamtbevölkerung bis 2040) stehen in einer starken positiven Beziehung zu ihm. Etwas schwächer fallen die statistischen Zusammenhänge mit der Geburtenentwicklung (Geburtenrate), mit dem zukünftigen Erwerbspersonenpotential (Entwicklung des Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2040) und mit dem Wanderungsverhalten (Wanderungssaldo) aus. Von den Indikatoren, die inhaltlich tendenziell eher anderen strukturellen Handlungsfeldern zuzuordnen sind, ergeben sich die stärksten positiven Ladungen für den Indikator Breitbandverfügbarkeit aus dem Handlungsfeld digitale Infrastruktur und für den Indikator Erreichbarkeit von Autobahnen aus dem

Handlungsfeld Verkehr und Mobilität. Stärkere negative Ladungen stellen sich für den Indikator Wohnungsdichte aus dem infrastrukturellen Handlungsfeld Wohnraumversorgung sowie für den Indikator Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem ökonomischen Handlungsfeld nachwachsendes Humankapital ein.

- Der letzte extrahierte Faktor erklärt rund sieben Prozent der quadrierten Faktorladungen aller Ausgangsvariablen. Er weist die engsten Verbindungen zum Themenbereich Ökonomie auf. Tendenziell treten jedoch auch positive statistische Zusammenhänge bei den Indikatoren auf, die inhaltlich eher dem Sozialbereich zuzuordnen sind. Die höchsten positiven Faktorladungen ergeben sich für die ökonomischen Handlungsfelder Wertschöpfung und Produktivität sowie Innovationspotential und Unternehmensdemografie, die durch die Umsatzproduktivität und den Innovationsindex repräsentiert werden. Etwas schwächere positive Ladungen ergeben sich für die ökonomischen Handlungsfelder verfügbares und nachwachsendes Humankapital sowie Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials, die mit dem Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort an der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung gemessen werden. Außer den bereits genannten positiven statistischen Zusammenhängen mit den Indikatoren, die inhaltlich eher den sozialen Handlungsfeldern zuzuordnen sind, ergeben sich keine nennenswerten weiteren positiven Ladungen für andere Indikatoren. Stärkere negative Faktorladungen treten am ehesten bei den Indikatoren Geburtenrate und Bevölkerungsanteil der unter 18-Jährigen aus dem demografischen Themenbereich auf.

In der Gesamtbetrachtung weisen die 25 Ausgangsvariablen nach einer Varimax-Rotation im Zuge der Hauptkomponentenanalyse insgesamt ein inhaltlich plausibles und gut zu interpretierendes Ladungsmuster auf. Vereinzelt Doppelladungen auf mehrere Faktoren schränken die grundlegenden inhaltlichen

Interpretationsmöglichkeiten der vier extrahierten Faktoren nicht nennenswert ein. Am ehesten sollte beim Ökonomiefaktor beachtet werden, dass sich darin in schwächerem Maße auch strukturelle Chancen und Risiken aus dem Themenbereich Soziales widerspiegeln.

Ein weiterer Hinweis auf die Güte der durchgeführten Hauptkomponentenanalyse ergibt sich aus den berechneten Kommunalitäten. Sie geben an, welcher Anteil der Varianz der 25 Einzelindikatoren – jeweils für sich betrachtet – durch die vier extrahierten Faktoren erklärt werden kann. Nach den Ergebnissen der Hauptkomponentenanalyse beträgt der Varianzaufklärungsanteil bei acht der 25 Ausgangsvariablen 70 Prozent und mehr. In fünf Fällen werden Werte zwischen 50 und 70 Prozent erreicht, und in acht Fällen liegt der Varianzaufklärungsanteil zwischen 30 und 50 Prozent. Lediglich in vier Fällen wird durch die vier extrahierten Faktoren weniger als 30 Prozent der Varianz der Ausgangsvariablen aufgeklärt. Dabei handelt es sich um die Indikatoren Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Dichte der Niederlassungen im Lebensmitteleinzelhandel, Entwicklung der Gesamtbevölkerung bis 2040 sowie Entwicklung des Bevölkerungsanteils der Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2040.

Abgrenzung der Fördergebiete

Die Ergebnisse der Analyse verdeutlichen, dass sich die 25 Indikatoren, die in die Hauptkomponentenanalyse eingegangen sind, zu insgesamt vier Faktoren verdichten lassen. Die Faktoren repräsentieren dabei die eingangs in sachlicher Hinsicht abgegrenzten Themenbereiche Demografie, Infrastruktur, Ökonomie und Soziales insgesamt gut. Da sich für jeden der vier Faktoren in jeder der 170 Verwaltungseinheiten ein spezifischer Faktorwert berechnen lässt, können die vier Faktoren zugleich als themenbereichsspezifische Teilindizes der strukturellen Chancen und Herausforderungen in den rheinland-pfälzischen Regionen interpretiert werden. Die Faktoren bzw. die Teilindizes werden dabei ebenfalls in Standardabweichungen gemessen, wobei hohe Indexwerte günsti-

ge und niedrige Indexwerte ungünstige strukturelle Rahmenbedingungen in den Verwaltungseinheiten anzeigen.

Zur Abgrenzung der Gebiete, die im Rahmen des Förderprogramms „Region – Zukunft – Nachhaltig“ eine Förderung erhalten, ist in einem weiteren Arbeitsschritt eine Entscheidung darüber zu treffen, wie die vier Teilindizes zu einem Gesamtindex zusammengeführt werden sollen. Eine solche Entscheidung lässt sich nicht allein anhand objektiver methodisch-statistischer Kriterien treffen. Die Entscheidung erfolgte durch die Landesregierung nach Beratung durch das Statistische Landesamt. Es wurde vorgegeben, dass die vier Faktoren – bzw. die vier Teilindizes – jeweils mit dem gleichen Gewicht in die Berechnung des Gesamtindex eingehen. Die Alternative – eine stärkere Gewichtung einzelner Faktoren – wurde verworfen. Dementsprechend lässt sich der Gesamtindex vergleichsweise einfach berechnen, indem das arithmetische Mittel der vier Teilindizes gebildet wird. Der Gesamtindex, der auch als Strukturindex bezeichnet werden kann, wird daher ebenfalls in Standardabweichungen angegeben. Allerdings handelt es sich dabei um den Durchschnitt der Standardabweichungen der vier themenbereichsspezifischen Teilindizes.

Schließlich ist festzulegen, welche Verwaltungseinheiten einen erhöhten strukturpolitischen Handlungsbedarf aufweisen. Dazu ist für den Strukturindex auf politischer Ebene ein Grenzwert zu bestimmen. Die Landesregierung hat entschieden, dass dieser Grenzwert bei $-0,2$ Standardabweichungen liegt, nachdem der Strukturindex zuvor auf zwei Nachkommastellen gerundet wurde. Verwaltungseinheiten mit einem Wert des auf zwei Nachkommastellen gerundeten Strukturindex von $-0,2$ oder weniger erhalten eine Förderung im Rahmen des Programms „Region – Zukunft – Nachhaltig“. Dies trifft auf insgesamt 64 der 170 rheinland-pfälzischen Verwaltungseinheiten zu, und zwar auf 62 Verbandsgemeinden, eine verbandsfreie Gemeinde und eine kreisfreie Stadt (siehe Tabelle „Strukturindex und themenspezifische Subindizes nach Verwaltungseinheiten“, S. 28ff.).

Räumliche Verteilung der Fördergebiete

Zum Fördergebiet zählen die kreisfreie Stadt Pirmasens und die verbandsfreie Gemeinde Idar-Oberstein sowie 62 Verbandsgemeinden, die sich auf 20 der 24 rheinland-pfälzischen Landkreise verteilen. In fünf Landkreisen, und zwar in Birkenfeld, Cochem-Zell, Kusel, Südwestpfalz und Vulkaneifel, gehören alle Verwaltungseinheiten zum Fördergebiet.

Schwerpunktmäßig liegen die Verwaltungseinheiten, die einen erhöhten strukturpolitischen Hand-

lungsbedarf haben, in ländlichen, dünn besiedelten Gebieten. Die Eifel, der Hunsrück und die westliche Pfalz sind am stärksten betroffen. Hinzu kommen kleinere regionale Schwerpunkte im Westerwald. Geringere strukturpolitische Herausforderungen haben dagegen die Gebiete in der Rheinschiene sowie die größeren städtischen Zentren bzw. die höher verdichteten Gebiete in Rheinhessen, in der Region Rhein-Neckar sowie in den Räumen um die Großstädte Kaiserslautern, Koblenz und Trier.

Verteilung der strukturellen Chancen und Herausforderungen der Fördergebiete auf die vier Themenbereiche

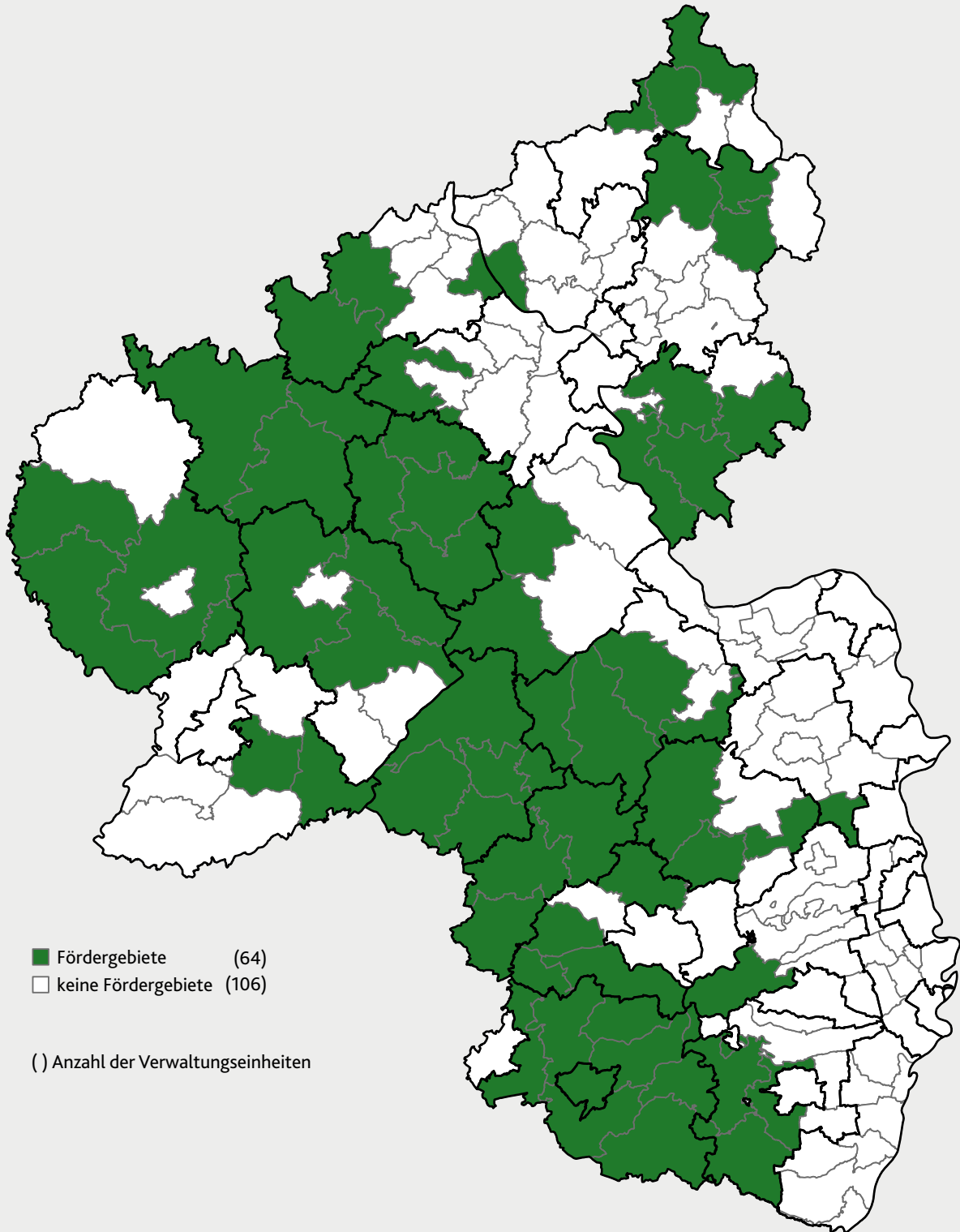
Der Strukturindex bildet die Gesamtheit der strukturellen Chancen und Herausforderungen in den rheinland-pfälzischen Verwaltungseinheiten ab. Da er auf standardisierten Ausgangswerten basiert, lassen sich die Indexwerte inhaltlich auch als über alle vier Themenbereiche gleichstark gewichtete Abweichungen vom Durchschnitt der 170 Verwaltungseinheiten interpretieren.

Insgesamt gibt es in Rheinland-Pfalz 56 Verwaltungseinheiten, in denen der Strukturindex im Mittel um wenigstens 0,25 Standardabweichungen unterhalb des Durchschnitts aller 170 Verwaltungseinheiten liegt. Davon weisen 27 Verwaltungseinheiten einen Indexwert von $-0,5$ Standardabweichungen oder weniger auf. In zwei dieser Verwaltungseinheiten – der Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein und der Verbandsgemeinde Baumholder – ergibt sich sogar eine durchschnittliche Standardabweichung, die kleiner als -1 ist.

Die strukturellen Herausforderungen verteilen sich dabei nicht gleichmäßig über die einzelnen Themenbereiche. Vielmehr zeigt ein Blick auf die berechneten Subindizes, dass nur 13 der 64 Fördergebiete in allen vier strukturellen Teildimensionen negative Indexwerte erreichen, das heißt, sie weisen in den Themenbereichen Demografie, Infrastruktur, Ökonomie und Soziales jeweils ungünstigere strukturelle Rahmenbedingungen als der Durchschnitt aller 170 Verwaltungseinheiten auf. Von den 64 Fördergebieten haben 33 in drei Themenbereichen einen negativen Indexwert und für 17 Fördergebiete gilt dies in genau zwei Themenbereichen. Nur eines der 64 Fördergebiete hat in nur einem Themenbereich einen negativen Indexwert (die Verbandsgemeinde Ramstein-Miesenbach).

Werden alle 170 Verwaltungseinheiten der Verbandsgemeindeebene betrachtet, so ergeben sich für 13 Gebiete in allen vier Teildimensionen negative

K1 Fördergebiete



Indexwerte. Hinzu kommen 49 Gebiete, die in drei, und 64 Gebiete, die in zwei Teildimensionen unter dem Durchschnitt der 170 Verwaltungseinheiten bleiben. In 30 Gebieten fällt nur ein Teilindex negativ aus und in 14 Gebieten liegen alle vier Teilindizes oberhalb des Durchschnitts der Verwaltungseinheiten.

Demografische Lage und Entwicklung in den Fördergebieten

In den 64 Verwaltungseinheiten, für die mit Hilfe des faktorenanalytischen statistischen Verfahrens ein größerer struktureller Handlungsbedarf und somit Förderbedarf identifiziert wurde, lebten nach der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes am 31. Dezember 2023 rund 1,17 Millionen Menschen.⁸ Dies entspricht einem Anteil von 28 Prozent an der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung.

Das Bevölkerungswachstum fiel im Fördergebiet in der Vergangenheit unterdurchschnittlich aus. Seit 2013 stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner dort über den gesamten Zeitraum betrachtet nur um knapp 23 400 Personen bzw. um zwei Prozent. Im Landesdurchschnitt ergab sich demgegenüber ein Wachstum von 4,5 Prozent und in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, ein Zuwachs in Höhe von 5,5 Prozent.

Der leichte Anstieg der Bevölkerungszahl im Fördergebiet beruht allein auf Überschüssen in der Wanderungsbilanz. Die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegungen weist für den Zeitraum von 2014 bis 2023 ein hohes Geburtendefizit aus. Der Einwohnerzuwachs, der sich nach Jahren des Bevölkerungsrückgangs 2015 ergab, ist im Wesentlichen auf die Umverteilung der Schutzsuchenden, die aus den Krisen- und Kriegsgebieten in Asien und Afrika nach Deutschland und nach Rheinland-Pfalz kamen, zurückzuführen. Zwei Drittel des Bevölkerungswachstums im betrachteten Zeitraum beruhen zudem auf der starken Zunahme der Nettozuwanderung infolge

des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ab dem Frühjahr 2022. Beide Sondereffekte erklären zusammen 85 Prozent des Anstiegs der Nettozuwanderung in das Fördergebiet in den Jahren 2014 bis 2023. Die etwas stärkeren Zuwächse in den Jahren 2020 und 2021 dürften mit der Coronapandemie in Verbindung stehen, da viele Bürgerinnen und Bürger Fortzüge während der Pandemie vorübergehend aufgeschoben hatten.

Innerhalb des Fördergebietes ist die Bevölkerungsentwicklung sehr heterogen. Die Spannweite der langfristigen Einwohnerentwicklung im Zeitraum von 2013 bis 2023 reicht von –8,7 Prozent in der Verbandsgemeinde Altenahr – worin sich auch Effekte der Flutkatastrophe im Juli 2021 widerspiegeln dürften – bis zu +14 Prozent in der Verbandsgemeinde Speicher. Fast alle Verwaltungseinheiten des Fördergebietes weisen für die vergangene Dekade Defizite in ihren natürlichen Bevölkerungsbilanzen aus. Dagegen ergeben sich im Zeitraum 2013 bis 2023 für alle Verwaltungseinheiten Überschüsse in den Wanderungsbilanzen, die zum Teil aber nicht hoch genug waren, um die Geburtendefizite auszugleichen.

Die 64 Verwaltungseinheiten des Fördergebietes liegen überwiegend in den dünn besiedelten, ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz; das zeigt die Bevölkerungsdichte. Am 31. Dezember 2023 belief sie sich im Fördergebiet auf 110 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer. Im Landesdurchschnitt lebten zu diesem Zeitpunkt auf einem Quadratkilometer 210 Einwohnerinnen und Einwohner und in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, 326 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Spannweite der Bevölkerungsdichte der Verwaltungseinheiten im Fördergebiet reicht von 37 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer in der Verbandsgemeinde Arzfeld bis zu 667 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer in der kreisfreien Stadt Pirmasens.

Ein wichtiges Strukturmerkmal der Bevölkerung ist die Altersgliederung. Die demografische Alterung der Gesellschaft ist ein relatives Phänomen: die erwerbsfähige Bevölkerung, die die Wertschöpfung erwirtschaftet, wird schon seit Ende der 1990er-Jah-

⁸ Basis der Ergebnisse der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ist die Fortschreibung der Ergebnisse des Zensus 2011.

re tendenziell kleiner, und die „Ruhestandsbevölkerung“, an die in einem Umlagesystem der sozialen Sicherung ein Teil dieser Wertschöpfung umverteilt wird, nimmt kontinuierlich zu.

Die demografische Alterung lässt sich anhand des sogenannten Altenquotienten beschreiben. Dieser Quotient setzt die 65-Jährigen und Älteren in Relation zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren. Im Fördergebiet lag der Altenquotient Ende 2023 bei einem Wert von 43. Auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kamen dort also bereits 43 ältere Menschen. Im Landesdurchschnitt lag dieser Wert bei 39 und in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, bei 37 – also deutlich niedriger als im Fördergebiet. Die Verwaltungseinheiten im Fördergebiet sind stärker von der demografischen Alterung betroffen als das Land insgesamt: In den vergangenen zehn Jahren stieg der Altenquotient im Fördergebiet um knapp sieben Personen. Im Landesdurchschnitt und in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, waren es dagegen jeweils nur fünf Personen. Auch beim Altenquotient zeigt sich in den Verwaltungseinheiten des Fördergebietes eine große Spannweite. Sie reichte 2023 von einem Wert von 35 in der Verbandsgemeinde Südeifel bis zu einem Wert von 55 in der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland.

Zur Beurteilung der künftigen Bevölkerungsentwicklung kann auf die Ergebnisse der sechsten kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung zurückgegriffen werden, die auf Grundlage des Basisjahrs 2020 die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in den rheinland-pfälzischen Regionen bis 2040 vorausberechnet. Zu beachten ist dabei, dass aufgrund des Basisjahres dieser Vorausberechnung die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine für die Bevölkerungsentwicklung nicht berücksichtigt sind. Die langfristigen strukturellen Entwicklungstendenzen sollten davon jedoch nur zum Teil berührt sein, da sich die Verhaltensparameter, die die natürlichen und die räumlichen Bevölkerungsbewegungen (ohne Sondereffekte) beeinflussen, und die regionale Verteilung nicht wesentlich verändern. Vielmehr dürfte

es durch die verstärkte Zuwanderung – insbesondere im Jahr 2022 – nur zu einer flächendeckenden Niveauverschiebung gekommen sein.

Die Bevölkerung des Fördergebietes dürfte sich nach den Ergebnissen der sechsten kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung zwischen 2020 und 2040 um knapp 17 000 Personen verringern (–1,5 Prozent). Für das Land insgesamt und die Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet gehören, ergeben sich leichte Zuwächse in Höhe von 1,7 bzw. drei Prozent.

Wirtschaftliche Lage und Entwicklung in den Fördergebieten

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können für die Verbandsgemeinden und die verbandsfreien Gemeinden keine Ergebnisse zur Wertschöpfung bereitstellen; die regionalen Informationen aus den Wirtschaftsstatistiken reichen dazu nicht aus. Um auf dieser tiefen regionalen Ebene dennoch einen Eindruck von der Wirtschaftskraft zu gewinnen, müssen Ersatzindikatoren herangezogen werden. Neben der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (siehe Abschnitt „Beschäftigungslage und Entwicklung in den Fördergebieten“), die näherungsweise die Zahl der in der Region vorhandenen Arbeitsplätze angibt, werden die Umsätze, die von den Unternehmen mit Sitz im Fördergebiet erwirtschaftet werden, als Ersatzindikator verwendet. Die Summe der Umsätze entspricht näherungsweise dem nominalen Produktionswert. Das ist der Wert aller in einer Region produzierten Waren und Dienstleistungen. Aus dem nominalen Produktionswert ergibt sich die nominale Bruttowertschöpfung, indem man die Vorleistungen, das heißt die bei der Produktion verbrauchten Güter, abzieht. Für die Verbandsgemeinden und die verbandsfreien Gemeinden gibt es keine Informationen zur regionalen Preisentwicklung, sodass auch keine realen – also preisbereinigten – Umsätze berechnet werden können. Für die Beschreibung der wirtschaftlichen Lage kann also nur auf die nominalen Umsätze zurückgegriffen werden. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass Veränderungen der nominalen Umsätze sowohl auf

Veränderungen der verkauften Mengen als auch auf Preisänderungen beruhen können. Das ist vor allem in Zeiten hoher Inflation wichtig.

Im Jahr 2022 erwirtschafteten die Unternehmen, die ihren Sitz im Fördergebiet hatten, Umsätze in Höhe von 43,4 Milliarden Euro. Der Anteil dieser Unternehmen an den Erlösen aller Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz belief sich damit auf 13 Prozent.

Zwischen 2018 und 2022 stiegen die Umsätze der Unternehmen im Fördergebiet um 7,9 Milliarden Euro bzw. um 22 Prozent. Im Landesdurchschnitt legten die Unternehmenserlöse in diesem Zeitraum deutlich stärker zu, nämlich um 32 Prozent, und in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, um 33 Prozent.

Für Vergleiche zwischen den Regionen muss – wegen der Größenunterschiede – die Umsatzproduktivität herangezogen werden. Sie setzt die Erlöse ins Verhältnis zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Unternehmen im Fördergebiet erreichten 2022 eine Umsatzproduktivität in Höhe von 186 200 Euro je sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das ist erheblich weniger als von den Beschäftigten im Landesdurchschnitt und in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, erwirtschaftet wurde; dort belief sich die Umsatzproduktivität auf 248 600 Euro bzw. 262 300 Euro. Die Produktivitätsentwicklung verlief seit 2018 im Fördergebiet ungünstiger als im Rest des Landes: Im Fördergebiet stieg die Umsatzproduktivität lediglich um 20 Prozent. Im Landesdurchschnitt und in den Gebieten, die nicht zum Fördergebiet zählen, nahm sie dagegen wesentlich stärker zu, und zwar um 26 Prozent bzw. um 27 Prozent.

Die Ursachen für die ungünstigere wirtschaftliche Lage und Entwicklung im Fördergebiet sind die abweichenden Branchen- und Unternehmensgrößenstrukturen. Im Fördergebiet haben kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die eine geringere Produktivität aufweisen und zu Branchen mit einer geringeren Produktivität gehören, ein größeres Gewicht als in den übrigen Landesteilen.

Beschäftigungslage und Entwicklung in den Fördergebieten

Für die Verbandsgemeinden und die verbandsfreien Gemeinden gibt es keine hinreichend validen Informationen zu den Erwerbspersonen, den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen. Bekannt ist aber die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen.

Im Fördergebiet lebten 2023 rund 667 400 Menschen im erwerbsfähigen Alter; das sind 57 Prozent der Gesamtbevölkerung des Fördergebietes. In Rheinland-Pfalz belief sich der entsprechende Bevölkerungsanteil auf 58 Prozent und in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, auf 59 Prozent. In den vergangenen zehn Jahren ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Fördergebiet geschrumpft, und zwar um 22 200 Personen bzw. um 3,2 Prozent. Im Landesdurchschnitt blieb die erwerbsfähige Bevölkerung im Vergleich zu 2013 nahezu unverändert (+0,1 Prozent) und in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, stieg sie sogar um 1,4 Prozent. Hier wurde die Schrumpfung, die seit einigen Jahren durch das Ausscheiden der Babyboomer aus der erwerbsfähigen Bevölkerung verursacht wird, bislang durch starke Nettozuwanderung, die vor allem in diese Altersgruppe hinein stattfindet, überkompensiert.

Der Großteil der Erwerbstätigen geht einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Es ist zwischen den Beschäftigten am Wohnort und den Beschäftigten am Arbeitsort zu unterscheiden. Einen Wohnort im Fördergebiet hatten am 30. Juni 2023 rund 448 600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Ihr Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter lag bei 67 Prozent. Der gleiche Wert ergibt sich für den Landesdurchschnitt sowie die Regionen, die nicht zum Fördergebiet zählen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort zählt zu den „Hilfsindikatoren“ für die Wirtschaftslage in einer Region. Sie repräsentieren einen großen Teil der Arbeitsplätze, die in einer Region von den ansässigen

Unternehmen und dem öffentlichen Dienst bereitgestellt werden und einen wesentlichen Teil der regionalen Wertschöpfung erbringen. Im Fördergebiet gab es 2023 nur etwa 294 600 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze; das waren knapp 20 Prozent der gesamten Arbeitsplätze im Land. In den vergangenen zehn Jahren stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsplatz im Fördergebiet, und zwar um 24 500 Personen bzw. um 9,1 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz nahm um 14 Prozent zu und in den Regionen, die nicht zum Fördergebiet gehören, um 16 Prozent.

Die Differenz zwischen der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort und am Arbeitsort gibt einen Hinweis auf die Zahl der Beschäftigten, die pendeln. Demnach verlassen das Fördergebiet rund 154 100 Beschäftigte, um in anderen Gebieten des Landes, in den benachbarten Bundesländern oder im Ausland zu arbeiten. Das sind gut ein Drittel der Beschäftigten mit Wohnort im Fördergebiet. Seit 2013 nahm die Zahl der Auspendler aus dem Fördergebiet um 12 700 bzw. um neun Prozent zu. Während das Land insgesamt ebenfalls einen „Auspendlerüberschuss“ ausweist, sind die Regionen, die nicht zum Fördergebiet gehören, als Einpendlergebiet. Von den Beschäftigten mit einem Arbeitsplatz in den Verwaltungseinheiten, die keine Förderung erhalten, pendeln 6,4 Prozent vor allem aus den Fördergebieten ein.

Arbeitsmarktlage und Entwicklung in den Fördergebieten

Die Arbeitslosenquote ist ein angebotsseitiger Indikator, der anzeigt, in welchem Ausmaß in einer Region Arbeitskraft nicht produktiv genutzt und damit das Potential an regionaler Wertschöpfung nicht ausgeschöpft wird. Auf der Verbandsgemeindeebene kann die Arbeitslosenquote allerdings nicht mit hinreichender Genauigkeit berechnet werden, da auf dieser regionalen Ebene die Zahl der Erwerbspersonen nicht vollständig bekannt ist. Ersatzweise lässt sich aber der Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren ermitteln. Da diese Bevölkerungsgruppe

aber sowohl Erwerbs- als auch Nichterwerbspersonen umfasst, ist der „Arbeitslosenanteil“ deutlich niedriger als die Arbeitslosenquote. Dies sollte bei der Interpretation und insbesondere bei inhaltlichen sowie regionalen und zeitlichen Vergleichen berücksichtigt werden.

Im Fördergebiet waren bei der Bundesagentur für Arbeit 2023 im Jahresdurchschnitt 28 600 Personen arbeitslos gemeldet; der Arbeitslosenanteil belief sich auf 4,3 Prozent. Der Arbeitslosenanteil im Fördergebiet ist niedriger als im Landesdurchschnitt (4,5 Prozent) und in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen (4,6 Prozent). Seit 2013 sank die Zahl der Arbeitslosen im Fördergebiet um 3 100 Personen bzw. um 9,8 Prozent. Landesweit ging sie um 4,8 Prozent und in den nicht zum Fördergebiet gehörenden Regionen um 2,9 Prozent zurück. Auf den ersten Blick ist das für das Fördergebiet eine günstige Situation. Die positive Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Fördergebiet deckt sich mit der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Allerdings könnte diese Entwicklung zum Teil auch auf den laufenden demografischen Wandel zurückzuführen sein. Ebenso könnten Arbeitslose auf der Suche nach einem Arbeitsplatz das Fördergebiet überdurchschnittlich oft verlassen haben. Zudem können sich infolge dieser Entwicklungen andere strukturelle Herausforderungen, die in Zusammenhang mit dem Arbeits- und Fachkräftemangel stehen, verschärfen, da das regionale Reservoir an verfügbaren Arbeitskräften überdurchschnittlich stark ausgeschöpft ist.

Soziale Lage und Entwicklung in den Fördergebieten

Strukturelle Herausforderungen können sich in der Gesellschaft auf vielfältige Weise äußern. Ein guter Indikator für den sozialen Bereich ist der Anteil der Menschen, die auf soziale Mindestsicherungsleistungen angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Zu den staatlichen (Transfer-)Leistungen der sozialen Mindestsicherung zählten bis zu den jüngsten Reformen im Zusammenhang mit der Einführung des Bürgergeldes

- die Gesamtregelleistungen (ALG II/Sozialgeld) nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II: Grundsicherung für Arbeitsuchende),
- die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII: Sozialhilfe),
- die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII: Sozialhilfe)
- und die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Werden die Bezieherinnen und Bezieher sozialer Mindestsicherungsleistungen zur Gesamtbevölkerung ins Verhältnis gesetzt, ergibt sich die soziale Mindestsicherungsquote. Sie ist ein Indikator für das Ausmaß der durch staatliche Leistungen bekämpften monetären Armut in der Gesellschaft. Da sich mit Armutslagen – auch mit bekämpften – häufig vielfältige soziale Nachteile verbinden (zum Beispiel soziale Exklusion oder gesundheitliche Risiken), sprechen hohe soziale Mindestsicherungsquoten in den Regionen tendenziell für ungünstigere Lebensverhältnisse.

Im Fördergebiet waren 2022 knapp 69 300 Personen auf soziale Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Das entsprach 24 Prozent aller Leistungsbezieherinnen und -bezieher. Die soziale Mindestsicherungsquote belief sich auf 5,9 Prozent. Damit fiel sie um einen Prozentpunkt geringer aus als im Landesdurchschnitt. In den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, betrug sie 7,2 Prozent. Dies ist insoweit nicht weiter verwunderlich als viele Bezieherinnen und Bezieher der staatlichen Transferleistungen in den größeren Städten des Landes leben. Da die größeren Städte weitgehend nicht in das Fördergebiet fallen, ergeben sich im Fördergebiet vordergründig günstigere strukturelle Rahmenbedingungen.

Die eigentlichen strukturellen Herausforderungen zeigen sich in der Entwicklung der Mindestsicherungsquote. Die Quote ist im Fördergebiet in der vergangenen Dekade, das heißt zwischen 2012 und 2022, schneller gestiegen als in den übrigen Regionen des Landes (+0,7 bzw. +0,4 Prozentpunkte). Landesweit stieg die soziale Mindestsicherungsquo-

te in diesem Zeitraum um 0,5 Prozentpunkte. In absoluten Zahlen gemessen erhöhte sich die Zahl der Transferleistungsbezieherinnen und -bezieher im Fördergebiet um rund 9 100 Personen. Innerhalb des Fördergebietes breiten sich sozial benachteiligte Lagen derzeit somit schneller aus als in den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen.

Unterschiede in der sozialen Lage zeigen sich zwischen den Regionen darüber hinaus beispielsweise in den Einkommensstrukturen. So belief sich der Median der Bruttomonatsentgelte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Durchschnitt der 64 Verwaltungseinheiten des Fördergebietes 2023 nur auf 3 675 Euro. In den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet gehören, waren es im Durchschnitt 243 Euro mehr, nämlich 3 919 Euro. Der Durchschnitt aller 170 Verwaltungseinheiten betrug 3 827 Euro. Die Verteilung deutet darauf hin, dass in den Fördergebieten weniger Menschen mit einem hohen sozioökonomischen Status leben, wenngleich sich für eine Einschätzung die Betrachtung von (äquivalenzgewichteten) Nettoeinkommensstrukturen besser eignen würde. In Ermangelung entsprechender Daten können die Bruttoeinkommen aber als Ersatzindikator angesehen werden.

Dies gilt umso mehr, da die Betrachtung der Gesamtbeträge der Einkünfte auf Basis der Ergebnisse der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik in eine ähnliche Richtung deutet. Demnach erzielten die Menschen im Fördergebiet im Durchschnitt der 64 Verwaltungseinheiten im Jahr 2020 Einkünfte in Höhe von 30 600 Euro. Außerhalb des Fördergebietes kamen die Menschen dagegen im Mittel auf 32 400 Euro. Im Durchschnitt aller 170 Verwaltungseinheiten wurden Einkünfte in Höhe von 31 700 Euro gemeldet. Zudem stiegen die Einkünfte gegenüber 2018 in den Fördergebieten weniger stark als in den Verwaltungseinheiten außerhalb des Fördergebiets (+3,4 bzw. +4 Prozent). Im Durchschnitt aller Verwaltungseinheiten ergab sich ein Zuwachs in Höhe von 3,8 Prozent.

Auch mit Blick auf die gesundheitliche Lage der Bevölkerung weisen die Fördergebiete im Durchschnitt ungünstigere strukturelle Rahmenbedingungen auf

als die übrigen Regionen in Rheinland-Pfalz. Dies gilt sowohl für Kennzahlen zur Morbidität als auch zur Mortalität. Mit Blick auf die Sterblichkeit stellen sich 2023 im Durchschnitt der 64 Verwaltungseinheiten im Fördergebiete beispielsweise 54,3 Gestorbene je 1000 Personen der zugrunde gelegten Standardbevölkerung⁹ ein. In den übrigen Regionen traten dagegen im Durchschnitt nur 52,1 Sterbefälle je 1000 Personen auf. Für den Durchschnitt aller Verwaltungseinheiten ergaben sich 52,9 Gestorbene je 1000 Personen der Standardbevölkerung. Hinsichtlich der Morbidität kann beispielsweise die durchschnittliche Verweildauer vollstationärer Krankenhauspatientinnen und -patienten sowie von Patientinnen und Patienten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen betrachtet werden. Wird auch diesem Vergleich die Standardbevölkerung zugrunde gelegt, so verbrachte 2022 im Durchschnitt der 64 Verwaltungseinheiten des Fördergebietes jede Person der Standardbevölkerung 1,99 Tage in einer der genannten medizinischen Einrichtungen. Für die Regionen, die nicht zum Fördergebiet gehören, ergaben sich im Durchschnitt dagegen nur 1,86 Tage je Person der Standardbevölkerung. Der mittlere Wert aller 170 Verwaltungseinheiten belief sich 2022 auf 1,91 Tage. Mit Blick auf den Gesundheitszustand ergibt sich in den Fördergebieten somit ein größerer strukturpolitischer Handlungsbedarf als in den übrigen Regionen des Landes.

Infrastruktur und Daseinsvorsorge in den Fördergebieten

Der strukturpolitische Handlungsbedarf in den Fördergebieten in den gesundheitsbezogenen Handlungsfeldern verstärken sich noch weiter, wenn nicht nur der Gesundheitszustand der Bevölkerung, sondern auch die infrastrukturellen Angebote der

⁹ Hierbei handelt es sich um die Gesamtbevölkerung des Landes Rheinland-Pfalz am 31. Dezember 2023 auf Basis der Fortschreibungsergebnisse des Zensus 2011. Die Zahl der Sterbefälle in den rheinland-pfälzischen Regionen wird bei den hier vorgestellten Auswertungen auf eine einheitliche Standardbevölkerung umgerechnet, um die unterschiedlichen Altersstrukturen in den Verwaltungseinheiten zu berücksichtigen, von denen ein eigenständiger Effekt auf die regionalen Sterbehäufigkeiten ausgeht. Durch die Umrechnung wird der regionale Vergleich des „Sterberisikos“ um die unterschiedlichen Altersstruktureffekte in den Regionen bereinigt.

medizinischen Versorgung betrachtet werden. So gab es 2023 im Fördergebiet beispielsweise 1382 freipraktizierende Ärztinnen und Ärzte. Dieser Werte entspricht exakt dem Wert des Jahres 2018. In den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, gab es 2023 demgegenüber 6025 freipraktizierende Ärztinnen und Ärzte, nachdem ihre Zahl 2018 erst bei 5604 gelegen hatte. Da die Bevölkerungszahl in beiden Teilgebieten zwischen 2018 und 2023 gestiegen ist, hat sich der Versorgungsgrad im Fördergebiet leicht verschlechtert, während er sich in den übrigen Regionen von Rheinland-Pfalz verbesserte. So kamen 2023 im Fördergebiet 11,8 freipraktizierende Ärztinnen und Ärzte auf 10000 Einwohnerinnen und Einwohner (2018: zwölf), in den Regionen, die nicht zum Fördergebiet zählen, hingegen 20,1 (2018: 19,1). Landesweit lag die Ärztinnen- und Ärztedichte bezogen auf 10000 Einwohnerinnen und Einwohner bei 17,7 (2018: 17,1). In den Fördergebieten trifft also eine ungünstigere gesundheitliche Lage der Bevölkerung auf eine ungünstigere medizinische Versorgung. Zudem ist der Versorgungsgrad der Bevölkerung im Bereich der medizinischen und der Gesundheitsinfrastruktur in den vergangenen Jahren geringer geworden.

Auch in anderen Bereichen der infrastrukturellen Grundversorgung schneiden die Fördergebiete schlechter ab. So kamen 2022 in den Fördergebieten nur 10,2 Niederlassungen des stationären Lebensmittel Einzelhandels auf 10000 Einwohnerinnen und Einwohner. In den Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, waren es dagegen 10,6 Niederlassungen und landesweit 10,5 Niederlassungen je 10000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Zeitverlauf nahm der Versorgungsgrad in allen Gebieten des Landes ab. Seit 2018 verringerte er sich in Rheinland-Pfalz um 0,5, in den Fördergebieten um 0,2 und in den übrigen Landesteilen um 0,6 Niederlassungen je 10000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Hinsichtlich der digitalen Infrastruktur stehen die Verwaltungseinheiten in den Fördergebieten vor weit größeren strukturpolitischen Herausforderungen als die Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen. Denn 2022 betrug der Anteil der Haus-

halte, die mit einem Breitbandanschluss mit mindestens 100 Mbit/s versorgt waren, im Durchschnitt der 64 Verwaltungseinheiten des Fördergebietes gerade einmal 63 Prozent. In den übrigen Regionen des Landes belief sich der Versorgungsgrad dagegen durchschnittlich auf 87 Prozent. Im Durchschnitt aller 170 Verwaltungseinheiten waren 78 Prozent der Haushalte mit einem Breitbandanschluss von wenigstens 100 Mbit/s versorgt.

Abschließend zeigt sich auch für das Handlungsfeld Verkehr und Mobilität, dass die strukturpolitischen Herausforderungen im Fördergebiet größer sind als in den Verwaltungseinheiten, die nicht Teil des Förderprogrammes sind. So belief sich 2021 etwa die durchschnittliche PKW-Fahrtzeit, um den nächsten Autobahnzubringer zu erreichen, im Mittel der 64 Verwaltungseinheiten des Fördergebietes auf 17 Minuten. Demgegenüber betrug der Durchschnitt landesweit lediglich elf Minuten, und in den Verwal-

tungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, ergibt sich ein Durchschnittswert von acht Minuten. Ein ähnliches Bild zeigt sich für den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs. So ergab sich 2020 für die durchschnittliche Luftliniendistanz, die Bürgerinnen und Bürger bis zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs mit mindestens 20 Abfahrten pro Wochentag zurücklegen mussten, im Durchschnitt der 64 Verwaltungseinheiten des Fördergebietes eine Entfernung von 801 Metern. Demgegenüber fiel der Durchschnitt aller 170 Verwaltungseinheiten mit 594 Metern und der Durchschnitt der rheinland-pfälzischen Verwaltungseinheiten, die nicht zum Fördergebiet zählen, mit lediglich 469 Metern sehr viel geringer aus. Die strukturpolitischen Herausforderungen des Fördergebietes treten damit auch im Handlungsfeld Verkehr und Mobilität deutlicher hervor als in den übrigen Regionen von Rheinland-Pfalz.

T2 Strukturindex und themenspezifische Subindizes nach Verwaltungseinheiten

Verwaltungseinheit	Strukturindex	Faktor „Infrastruktur“	Faktor „Soziales“	Faktor „Demografie“	Faktor „Ökonomie“
	Ø Standardabweichung	Standardabweichung			
Ingelheim am Rhein	1,87	1,20	1,50	1,62	3,18
Mainz	1,57	1,95	2,07	0,19	2,07
Wörth am Rhein	1,16	1,30	0,46	1,28	1,60
Koblenz	1,14	2,38	0,13	-0,06	2,12
Ludwigshafen am Rhein	1,06	2,21	-0,52	1,81	0,76
Nieder-Olm	1,05	0,32	2,19	1,21	0,50
Montabaur	1,03	0,32	0,23	0,96	2,59
Grafschaft	0,99	-0,45	1,73	1,11	1,58
Offenbach an der Queich	0,89	0,47	0,54	0,83	1,73
Limburgerhof	0,87	0,79	2,58	0,11	0,00
Bodenheim	0,85	-0,34	2,56	1,35	-0,18
Landau in der Pfalz	0,71	1,95	0,33	-0,72	1,29
Speyer	0,71	1,97	0,22	0,08	0,57
Asbach	0,70	-0,25	-0,43	1,71	1,77
Wittlich	0,61	2,04	-1,34	0,63	1,09
Dannstadt-Schauernheim	0,58	-0,03	1,76	0,51	0,09
Rülzheim	0,58	-0,21	0,72	0,82	0,97
Budenheim	0,56	0,15	1,33	0,70	0,07
Bingen am Rhein	0,54	1,88	-0,04	0,13	0,19
Linz am Rhein	0,54	0,56	0,23	0,25	1,10
Trier	0,51	1,58	0,24	-0,75	0,98
Schifferstadt	0,50	0,38	0,39	1,93	-0,69
Grünstadt	0,50	1,98	0,07	-0,07	0,01
Herxheim	0,48	0,25	0,79	0,61	0,26
Alzey	0,47	2,75	-1,23	0,65	-0,29
Römerberg-Dudenhofen	0,46	-0,23	1,54	1,06	-0,55
Bitburg	0,44	1,75	-2,38	0,72	1,68
Frankenthal (Pfalz)	0,44	1,48	0,29	0,40	-0,43
Wörrstadt	0,42	-0,45	1,12	1,05	-0,05
Gau-Algesheim	0,40	-0,27	1,81	0,26	-0,18
Lamsheim-Heßheim	0,39	-0,50	1,40	1,21	-0,54
Kirchheimbolanden	0,39	0,18	0,02	0,57	0,78
Edenkoben	0,38	0,04	0,93	-0,18	0,73
Andernach	0,38	1,20	-0,75	0,10	0,95
Remagen	0,37	0,62	0,41	0,44	0,00
Mutterstadt	0,37	0,44	1,01	0,40	-0,39
Sprendlingen-Gensingen	0,36	-0,00	0,34	1,31	-0,19
Kandel	0,36	0,20	0,49	0,37	0,40
Worms, kreisfreie Stadt	0,36	1,69	-0,38	0,68	-0,55
Wachenheim an der Weinstraße	0,36	0,05	2,33	-0,76	-0,19
Ransbach-Baumbach	0,36	-0,26	-0,25	1,39	0,54
Kaiserslautern	0,35	2,32	-0,01	-0,47	-0,44
Jockgrim	0,35	-0,29	1,00	0,83	-0,14
Zweibrücken	0,35	1,67	-0,22	-0,33	0,27
Germersheim	0,31	1,11	-0,90	1,76	-0,72
Alzey-Land	0,29	-0,88	1,38	0,83	-0,15
Maxdorf	0,29	0,22	1,33	-0,25	-0,14
Bad Dürkheim	0,28	1,63	0,49	-1,33	0,32
Rhein-Selz	0,27	-0,38	1,48	0,61	-0,61
Neustadt an der Weinstraße	0,27	1,45	0,60	-0,79	-0,18

noch T2: Strukturindex und themenspezifische Subindizes nach Verwaltungseinheiten

Verwaltungseinheit	Strukturindex	Faktor „Infrastruktur“	Faktor „Soziales“	Faktor „Demografie“	Faktor „Ökonomie“
	Ø Standardabweichung	Standardabweichung			
Weißenthurm	0,25	0,05	-0,10	1,06	0,00
Wirges	0,25	0,24	-0,42	0,71	0,45
Wöllstein	0,24	-0,42	0,70	0,64	0,03
Höhr-Grenzhausen	0,23	0,63	-0,08	0,19	0,16
Maikammer	0,22	0,48	1,50	-0,96	-0,13
Unkel	0,21	0,00	1,22	-0,67	0,29
Simmern-Rheinböllen	0,18	0,21	-0,55	0,37	0,69
Boppard	0,18	1,13	-0,83	-0,29	0,70
Pellenz	0,17	-0,22	-0,75	1,47	0,17
Konz	0,16	-0,79	-0,31	0,94	0,78
Bad Kreuznach	0,15	2,57	-0,78	-0,48	-0,71
Schweich an der Röm. Weinstr.	0,13	-0,47	0,18	0,30	0,53
Haßloch	0,12	0,47	0,70	-0,09	-0,58
Bobenheim-Roxheim	0,12	-0,17	1,08	0,35	-0,77
Bendorf	0,11	0,71	0,14	0,43	-0,85
Wallmerod	0,11	-1,13	0,19	0,93	0,42
Rheinauen	0,09	-0,17	1,49	-0,17	-0,78
Lingenfeld	0,09	-0,48	0,38	1,49	-1,03
Leiningerland	0,09	-0,58	1,23	-0,09	-0,21
Diez	0,08	-0,17	0,19	-0,02	0,30
Deidesheim	0,06	-0,32	1,70	-1,74	0,62
Daaden-Herdorf	0,05	-0,34	-0,37	0,27	0,66
Prüm	0,05	-0,65	-1,04	0,01	1,89
Dierdorf	0,05	0,22	-0,71	1,38	-0,68
Böhl-Iggelheim	0,04	-0,24	0,86	-0,24	-0,20
Vallendar	0,04	-0,09	1,22	-1,37	0,39
Hagenbach	0,04	-0,43	1,07	-0,34	-0,14
Neuwied	0,02	1,52	-0,63	0,10	-0,92
Bellheim	0,01	-0,31	0,28	0,49	-0,43
Maifeld	-0,00	-0,77	-0,16	1,09	-0,17
Langenlonsheim-Stromberg	-0,00	-0,40	0,55	-0,16	0,01
Enkenbach-Alsenborn	-0,01	-0,17	0,74	0,26	-0,89
Sinzig	-0,01	0,55	0,22	0,34	-1,17
Freinsheim	-0,02	-0,29	1,86	-1,62	-0,02
Betzdorf-Gebhardshain	-0,02	0,25	-0,79	0,81	-0,34
Wonnegau	-0,02	-0,03	-0,02	0,90	-0,94
Selters (Westerwald)	-0,02	-0,43	-1,11	0,78	0,68
Mayen	-0,02	1,87	-1,19	-0,72	-0,06
Brohltal	-0,02	-0,54	-0,16	0,08	0,53
Trier-Land	-0,02	-1,36	0,12	0,68	0,46
Thalfang am Erbeskopf	-0,05	-1,57	-1,53	0,30	2,62
Bad Neuenahr-Ahrweiler	-0,05	1,82	0,51	-2,56	0,01
Rennerod	-0,07	-0,82	-0,99	1,32	0,21
Mendig	-0,07	-0,49	0,44	-0,27	0,04
Puderbach	-0,08	-0,89	-0,51	1,43	-0,34
Eisenberg (Pfalz)	-0,08	0,57	-0,65	0,81	-1,07
Altenkirchen-Flammersfeld	-0,09	-0,18	-0,94	0,71	0,06
Weilerbach	-0,09	-0,01	0,80	0,71	-1,88
Saarburg-Kell	-0,12	-1,38	-0,95	0,42	1,44
Rhein-Mosel	-0,12	-0,83	1,13	-0,56	-0,21

noch T2: Strukturindex und themenspezifische Subindizes nach Verwaltungseinheiten

Verwaltungseinheit	Strukturindex	Faktor „Infrastruktur“	Faktor „Soziales“	Faktor „Demografie“	Faktor „Ökonomie“
	Ø Standardabweichung	Standardabweichung			
Rhein-Nahe	-0,12	-0,62	1,26	-0,77	-0,36
Hunsrück-Mittelrhein	-0,12	-0,35	0,56	-0,64	-0,05
Eich	-0,13	-0,51	0,29	0,50	-0,79
Lahnstein	-0,13	0,98	-0,55	-0,84	-0,12
Morbach	-0,15	-1,33	-1,77	0,31	2,17
Rengsdorf-Waldbreitbach	-0,17	-0,70	-0,06	0,61	-0,52
Monsheim	-0,20	-0,81	0,22	0,41	-0,61
Ruwer	-0,20	-1,35	0,54	0,46	-0,45
Kaisersesch	-0,21	-1,35	-0,94	0,83	0,63
Waldfishbach-Burgalben	-0,21	-0,44	0,83	-1,60	0,36
Hachenburg	-0,22	-0,32	-0,94	-0,16	0,53
Nahe-Glan	-0,22	-0,22	-0,82	-0,70	0,84
Landau-Land	-0,24	-1,01	1,03	-1,01	0,05
Bad Marienberg (Ww)	-0,25	-0,28	-1,91	0,68	0,52
Ramstein-Miesenbach	-0,26	0,55	0,76	0,39	-2,74
Adenau	-0,28	-0,94	-0,38	-1,37	1,56
Wissen	-0,31	0,23	-1,41	0,08	-0,12
Rüdesheim	-0,31	-1,19	0,91	-0,28	-0,68
Aar-Einrich	-0,32	-1,15	-0,59	0,42	0,06
Bad Kreuznach	-0,32	-1,58	0,46	0,02	-0,18
Wittlich-Land	-0,33	-1,58	-0,73	1,30	-0,29
Göllheim	-0,33	-1,03	-0,06	0,35	-0,56
Hermeskeil	-0,33	-0,34	-1,29	0,13	0,18
Kirchen (Sieg)	-0,34	-0,06	-0,64	-0,48	-0,19
Hamm (Sieg)	-0,35	-0,74	-1,14	1,30	-0,83
Landstuhl	-0,36	0,46	0,66	-0,76	-1,78
Nastätten	-0,36	-0,83	-0,59	-0,72	0,69
Westerburg	-0,36	-0,44	-0,79	-0,03	-0,19
Kastellaun	-0,38	-0,59	-0,83	-0,04	-0,05
Annweiler am Trifels	-0,38	0,08	0,05	-1,06	-0,59
Bad Bergzabern	-0,39	0,49	0,02	-1,75	-0,32
Vordereifel	-0,41	-1,81	0,00	-0,46	0,62
Bernkastel-Kues	-0,42	0,00	-0,16	-1,82	0,28
Südeifel	-0,43	-1,53	-1,00	-1,07	1,88
Bad Breisig	-0,43	0,11	-0,32	-0,71	-0,79
Bad Ems-Nassau	-0,43	-0,09	-1,15	-0,44	-0,03
Kirner Land	-0,43	-0,05	-1,32	-0,12	-0,25
Altenahr	-0,43	-0,99	0,75	-1,22	-0,28
Bad Hönningen	-0,44	0,13	-1,11	-0,45	-0,34
Zweibrücken-Land	-0,45	-0,81	0,39	-0,75	-0,64
Kelberg	-0,47	-1,03	-0,24	-1,27	0,67
Idar-Oberstein	-0,48	2,28	-1,90	-0,66	-1,65
Bruchmühlbach-Miesau	-0,49	0,57	-1,17	2,28	-3,65
Otterbach-Otterberg	-0,50	-0,51	0,56	-0,47	-1,57
Speicher	-0,51	-1,16	-2,19	2,75	-1,44
Pirmasens-Land	-0,52	-0,86	0,61	-2,24	0,42
Pirmasens	-0,52	2,65	-1,77	-1,27	-1,69
Daun	-0,52	-0,32	-1,42	-0,99	0,64
Birkenfeld	-0,52	-0,42	-0,95	-0,59	-0,13
Hauenstein	-0,55	-0,32	-0,59	-1,23	-0,07

noch T2: Strukturindex und themenspezifische Subindizes nach Verwaltungseinheiten

Verwaltungseinheit	Strukturindex	Faktor „Infrastruktur“	Faktor „Soziales“	Faktor „Demografie“	Faktor „Ökonomie“
	Ø Standardabweichung	Standardabweichung			
Bitburger Land	-0,56	-1,84	-0,82	0,77	-0,33
Winnweiler	-0,56	-0,96	0,26	-0,12	-1,42
Thaleischweiler-Wallhalben	-0,56	-0,90	0,30	-0,99	-0,66
Oberes Glantal	-0,57	-0,29	0,22	-0,68	-1,54
Kusel-Altenglan	-0,58	-0,05	-0,26	-1,18	-0,84
Rodalben	-0,59	-0,34	-0,30	-1,89	0,17
Ulmen	-0,60	-0,29	-1,53	-0,63	0,06
Loreley	-0,63	-1,20	-0,58	-1,15	0,39
Nordpfälzer Land	-0,64	0,16	-0,56	-1,49	-0,69
Gerolstein	-0,66	-0,69	-1,35	-0,98	0,39
Cochern	-0,68	0,34	-0,53	-2,42	-0,09
Kirchberg (Hunsrück)	-0,74	-0,93	-1,33	-0,14	-0,56
Zell (Mosel)	-0,76	-0,58	-1,07	-1,82	0,44
Traben-Trarbach	-0,77	-0,29	-0,60	-1,86	-0,35
Arzfeld	-0,78	-1,82	-1,73	-0,54	0,97
Herrstein-Rhaunen	-0,79	-1,42	-0,61	-1,24	0,09
Lambrecht (Pfalz)	-0,81	-0,67	-0,84	-0,19	-1,54
Dahner Felsenland	-0,94	-0,51	-0,28	-2,59	-0,36
Lauterecken-Wolfstein	-1,17	-0,49	-1,08	-2,22	-0,87
Baumholder	-1,37	-0,22	-0,99	0,30	-4,57

Berechnung: Statistisches Landesamt

Hinweis

Die „Analyse der regionalen strukturellen Chancen und Herausforderungen“ wird zeitnah durch einen Anhang vervollständigt, der eine detaillierte Beschreibung des eingesetzten faktorenanalytischen statistischen Verfahrens sowie die verwendeten Daten enthält – sofern diese Daten nicht der statistischen Geheimhaltung unterliegen.

Impressum

Hier können Sie kostenlos
alle Statistischen Analysen
herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Titelfoto (Traben-Trarbach): © Puravidaniel – stock.adobe.com

Redaktionsschluss: September 2024

Erschienen im Oktober 2024

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2024

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.